V.i.S.d.P. : Karla Durito, Straße der Hoffnung 94, Planet Erde

Die GiZ: Gesellschaft für internationale Zerstörung & Ausbeutung

Was? Wieso? Weshalb? Warum?

Hallo Leser*innen dieser Wandzeitung. Dies ist die erste Ausgabe einer hoffentlich längeren Reihe von Ausgaben zur GIZ. Warum? Weil sie eine viel zu oft übersehene Mitverursacherin von Leid, Elend, Tod und Umweltzerstörung auf der ganzen Welt ist. Dabei haben wir gemerkt, wie komplex die ganze Thematik ist und in dieser Ausgabe, im enormen Bemühen verständlich zu sein, den Schwerpunkt auf die Struktur, die Geschichte und ein Beispiel der Arbeit in Europa gelegt. Wir freuen uns, wenn ihr nachrecherchiert und versucht das oft scheinbar undurchdringliche Dickicht aus transnationalen Konzernen, Lobbyorganisationen, globalen Verträgen, Gesetzen und dem ganzen staatlichen, kapitalistischen Kladderradatsch aufzuzeigen. Übrigens trifft mensch auf den selbstgehauenen Pfaden und Wegen immer wieder versteckte Nester der Rebellion. Wir freuen uns, wenn euch die Informationen die wir zusammengetragen haben in eurem Alltag, in euren Kämpfen hilfreich sind. Oder aber auch einfach nur zum Nachdenken, Diskutieren und Weiterlesen anregen. Wir haben gerade erst angefangen, und werden auch in Zukunft der GIZ auf die Finger schauen und hauen. Hoffentlich haltet ihr mit die Augen offen, warnt , macht Krach und agiert. In diesem Sinne, viel Spaß beim Lesen und freut euch auf weitere Ausgaben :)

Was ist die "Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit" ?

Seit 2010 ist die GIZ zu 100% privatisiert und zu ebenfalls 100% im Besitz der Bundesregierung. Sie ist eine GmbH und hat verschiedene verantwortliche Gremien, die wir im folgenden Artikel auflisten. Für uns war es sehr interessant zu sehen, mit wie vielen Konzernen und Wirtschaftsinstitutionen die GIZ über Beteiligungen, aber auch personell verflochten ist. Mittlerweile ist die GIZ der weltweit größte Dienstleister im entwicklungspolitischen Bereich. Für wen sie hier Entwicklungspolitik betreibt, wird mehr als deutlich.

Der Vorstand:

Tanja Gönner: Vorstandssprecherin der GIZ, Mitglied der CDU. Vom Februar 2010 bis Mai 2011 war sie Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg. In dieser Funktion stand sie für den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs, Stuttgart 21. Sie hat in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 07.06.2014 Landverpachtung und Landgrabbing (Landenteignung) gleichgesetzt und sieht darin überhaupt kein Problem. Auch mit der Gewinnorientierung der GIZ ist sie einverstanden, sei sie doch, laut Gönner, die *„Fortführung der staatlichen Entwicklungspolitik mit anderen Mitteln"*(s.o.).

Dr. Christoph Beier: u.a. Mitglied im Vorstand des Lateinamerika Vereins sowie Mitglied im Steering Committee der Alliance for Financial Inclusion (AFI). 2014 berief ihn die Bertelsmannstiftung in das Board des Bertelsmann-Tranformationsindexes BTI.

Dr. Hans-Joachim Preus: Mitglied des Vorstands des Afrika-Vereins der Deutschen Wirtschaft, Beiratsmitglied der Zeitschrift fur Außen- und Sicherheitspolitik.

Cornelia Richter: Mitglied im Verwaltungsrat der Sequa gGmbH, im Kuratorium des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) sowie in den Beiraten der Stiftung Entwicklung und Frieden und des European Inter-University Centre (EIUC).

Das Kuratorium

Von knapp 40 Mitgliedern sind zwei Vertreter*innen der Entwicklungshelfer*innen, ein Gewerkschafter, 5 Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und diverse Vertreter*innen aus Politik und Wirtschaft, wie Handels- und Handwerkskammern, Banken und Konzernen. In Sachen Bildung wird auf die Carl Duisberg Gesellschaft gesetzt. C.Duisberg war der Erfinder des Giftgases, in dem im 1.Weltkrieg Hunderttausende Soldaten starben. Er war außerdem Mitbegründer von IG Farben, die während des Nazi-Faschismus den KZ´s das Gas lieferten und durch Zwangsarbeit reich wurden. Was für eine Bildung ist das, die sich auf so jemanden bezieht?

Mitglieder des Wirtschaftsbeirats:

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Deutsche Telekom AG, Volkswagen AG, Carl-Duisberg-Gesellschaft e.V., Boehringer Ingelheim (Vorsitzender), Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Verband Beratender Ingenieure, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., Zentralverband des Deutschen Handwerks.

Die GIZ und ihre Partner:

Anhand der folgenden Liste der Parter der GIZ wird deutlich, in wessen Interesse diese Organisation handelt. Hauptsächlicher Partner der GIZ ist das Ministerium fur Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Aber auch das Außen-, das Wirtschafts- und das Verteidigungsministerium vergeben Aufträge an die GIZ, ebenso wie die Landesregierungen und die Länder der Europäischen Union. Auch außereuropäische Staaten und natürlich transnationale und mittelständische Unternehmen gehören zu den Auftraggebern.

• ***Sequa gGmbH***

Die GIZ ist mit 49 Prozent an der Sequa gGmbH beteiligt, einem Zusammenschluss sämtlicher verfasster Organisationen der deutschen Wirtschaft, wie z.B. Bund Deutscher Arbeitgeber, Bund Deutscher Industrie und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag.

• ***European Network of Implementing Development Agencies (EUNIDA)***

EUNIDA ist ein Zusammenschluss europäischer nationaler "*Entwicklungshilfeorganisationen*". Die GIZ (und die Vorgängerin GTZ) als Gründungsmitglied ist seit dem Jahr 2000 im EUNIDA-Netzwerk. EUNIDA bündelt die Ressourcen der Mitgliedsorganisationen für Aufgaben und Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit. Der Zusammenschluss ist Ansprechpartner für die Europäische Union (EU). Elf EU-Mitgliedsländer sind im EUNIDA-Netzwerk vertreten.

• ***Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG)***

Die DEG gehört zur KfW-Gruppe (KfW=Kreditanstalt fur Wiederaufbau)

Zusammenarbeit mit dem Deutschen Afrikaverein:

Ebenfalls auf der Vorstandsebene läuft die Verbindung mit dem Deutschen Afrikaverein, der rund 700 deutsche Investoren auf dem afrikanischen Kontinent unterstützt und der Ende 1933 gegründet wurde. *"Der Deutsche Afrikaverein arbeitet seit über 75 Jahren im Dienste der deutsch-afrikanischen Wirtschaftsbeziehungen. ... Den über 700 Mitgliedern wird ein umfangreiches Dienstleistungsangebot zur Verfügung gestellt, auf das sie jederzeit zurückgreifen können. Über ein enges Netz von Kontakten in Afrika spüren wir den Puls der Märkte. Unsere Mitglieder hören auf diese Weise zeitnah und gezielt von neuen Entwicklungen und Geschäftsmöglichkeiten."* (Eigendarstellung).

Zusammenarbeit zwischen GIZ und dem Lateinamerika Verein (LAV):

Auf der Vorstandsebene ist die GIZ verbunden mit dem Lateinamerika Verein, in dem sich weit über 100 Unternehmen zusammengeschlossen haben, die in Mittel- und Südamerika investieren oder noch investieren wollen. Ein Auszug aus einem Grußwort von Christoph Beier aus dem Vorstand der GIZ: *"Seit dem 01.01.2011 kooperieren der Lateinamerika Verein (LAV) und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Rahmen der Initiative zur Förderung von Entwicklungspartnerschaften zwischen Wirtschaft und Entwicklungspolitik in Lateinamerika. Ziel der Zusammenarbeit ist es, die Innovationskraft der Wirtschaft mit den Ressourcen, dem Wissen, den Kontakten vor Ort und den langjährigen Erfahrungen der Entwicklungspolitik zu vereinen und dadurch Synergieeffekte für beide Partner zu erzielen. Die im Rahmen der Initiative geplanten Maßnahmen zielen darauf ab, deutsche und europäische Unternehmen gezielt auf die Chancen, die lateinamerikanische Märkte bieten, aufmerksam zu machen und ihnen das Programm „DeveloPPP" des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) näher zu bringen. Mit der Durchführung von DeveloPPP wurden die Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) und Sequa gGmbH beauftragt."*.

Was bedeutet Entwicklungshilfe im Neoliberalismus?

Mit der GIZ verbinden die meisten Menschen immer noch Entwicklungshilfe, also konkrete und existentielle Hilfestellungen für Menschen aus ehemals kolonialisierten Ländern. Dass die GIZ von über 1.100 übernommenen Entwicklungshelfer*innen (vom Deutschen Entwicklungsdienst) auf 730 im Jahr 2015 (https://www.giz.de/Entwicklungsdienst/de/html/1402.html, https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36886/umfrage/entwicklungshelfer-vom-deutschen-entwicklungsdienst-nach-regionen/) reduziert hat und das im Vergleich mit den 16000 Mitarbeiter*innen eh einen eher unbedeutenden Teil bildet, wissen die Wenigsten. Aber wie kommt es, dass die Organisation, in die mit dem Deutschen Entwicklungsdienst eine der größten Entwicklungshilfeorganisationen der BRD eingeflossen ist, gar keine „klassische Entwicklungshilfe"(an der wir auch einiges zu kritisieren haben, weil sie nur in den wenigsten Fällen solidarisch passiert oder auf Augenhöhe mit den betroffenen Menschen praktiziert wird) mehr leistet? Um die Entwicklung, die dazu geführt hat, soll es in diesem Artikel gehen.

Wirtschaftspolitische Entwicklung der 90er Jahre:

Um die Hintergründe zu verstehen, ist ein kleiner Exkurs in die 1990er Jahre notwendig. Zu dieser Zeit intensivierten sich politische und wirtschaftliche Prozesse, die kurze Zeit später unter dem Stichwort Globalisierung bzw. Neoliberalisierung der Weltmärkte zusammengefasst wurden. Daraus resultierten zahlreiche Freihandelsabkommen, die Firmen und Konzernen ihre Geschäfte erleichtern sollten: Den Abbau und Erwerb von Rohstoffen, die Produktion, den Transport und den Export von Waren. Ein erster Versuch war das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI), das Handelshemmnisse und Zölle abbauen, Grenzen öffnen und breite Investitionen möglich machen sollte.

Kurze Zeit später wurden diese Ideen trotz des Scheiterns des MAI umgesetzt und sogar noch erweitert um die Privatisierung von Dienstleistungen, geistigem Eigentum (worunter auch Patente auf Pflanzen und Tiere fallen) und Gemeinschaftgütern. Dies gelang durch eine Organisation, die 1995 gegründete Welt-Handels-Organisation (WTO – World Trade Organisation). Die 156 Mitgliedsstaaten ratifizierten die zwei entsprechenden Abkommen. Eins davon war das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on trade in Services – GATS). Vereinfacht gesagt wurde hier festgelegt, dass die Dienstleistungen, die bisher vom Staat oder den Kommunen bereit gestellt wurden, privatisiert werden müssen (etwa die Bahn, Telefonie, aber auch Wasserversorgung und Strom, Abfallentsorgung u.v.m.).

Das zweite war das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights – TRIPS). Bei diesem maßgeblich von 13 der damals führenden Konzernen der Hochtechnologie entworfenen Abkommen geht es um geistiges Eigentum, Urheberrechte und Patente. Dies ist vor allem problematisch, wenn Pflanzen patentiert werden, die schon jahrhundertelang Verwendung finden, oder auch bei Patenten auf AIDS-Medikamente. Die hierdurch möglichen ständigen Preiserhöhungen spielten in vielen afrikanischen Ländern eine sehr unrühmliche Rolle bei der Aushöhlung des Gesundheitswesens.

Was Entwicklungshilfe mit der Welthandelsorganisation zu tun hat:

Die GIZ ist eine private GmbH, deren Eigner die BRD ist. Damit ist sie den Interessen der BRD verpflichtet (s. Artikel "Was ist die GIZ ?"). Ihr Interesse ist es, die Bedingungen für deutsche Firmen zu verbessern. Den Staaten, in denen gute Geschäfte zu machen sind, „hilft" die GIZ, die Forderungen der WTO umzusetzen (also Privatisierung von Allgemeingütern, Durchsetzung von Patentrechten, usw.). Die Nöte der Menschen vor Ort spielen dabei nur insofern eine Rolle, als dass allzu offensichtliche Schweinereien keine gute Presse abliefern. Das Image der Hilfe wird nur ungern aufgegeben, auch wenn es selbst im Namen längst um „internationale Zusammenarbeit" geht. Bei der Unterstützung der Umsetzung von GATS und TRIPS achtet die GIZ selbstverständlich darauf, dass deutsche Firmen (wie Siemens oder Bayer) statt großer Konzerne aus anderen Ländern Verträge bekommen. Auf diese Art und Weise ist die GIZ zum größten Anbieter weltweit für Dienstleistungen im entwicklungspolitischen Bereich geworden. Das meint die GIZ mit internationaler Zusammenarbeit – von „Entwicklungshilfe" (so kritisch wir den Begriff auch sehen) kann hierbei kaum gesprochen werden – außer für die deutschen Konzerne und Wirtschaft.

Was die GIZ unter Reformen versteht: Die Gesundheitsversorgung der griechischen Bevölkerung vor dem Zusammenbruch.

"Seit Dezember 2013 arbeiten mehr als 30 Expertinnen und Experten der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO/Europa) an zehn Reformfeldern im griechischen Gesundheitswesen. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich ist bis zum Jahr 2020 geplant und erfolgt in enger Kooperation mit der "Task Force für Griechenland". ... Bei den Maßnahmen steht im Vordergrund, eine für alle griechischen Bürgerinnen und Bürger zugängliche, qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung kosteneffizient sicher zu stellen." Soweit die öffentliche Selbstdarstellung der GIZ.

Das hört sich ja super an. Tatsache ist, daß 30 GIZ-Mitarbeiter*innen das griechische Gesundheitssystem *"reformiert"* haben. Die Folgen dieser *"Reformen"*:

• Die Kindersterblichkeit stieg bis 2011 um 43% und steigt weiter.
• 40% des Gesundheitsbudgets wurden gekürzt.
• Mehr als 5000 Ärzt*innen verlassen das Land, weil das Gehalt zu niedrig ist.
• Neue Ärzt*innen werden nicht eingestellt.
• Mehr als 18.000 Pflegekräfte sind ebenfalls abgewandert.
• Wer arbeitslos wird, ist nicht mehr krankenversichert. Das sind zwischen 25% und 35% der Bevölkerung.
• Derzeit sind 2,5 Millionen Griech*innen ohne Krankenversicherung.
• Krankenhäuser dürfen nur noch nach *"Fallpauschalen"* abrechnen. Das heißt für eine Geburt, egal wie kompliziert sie ist, 700 €. Davon muss alles bezahlt werden, vom Tupfer über Arbeitsstunden, Bett usw. bis zur Versorgung von Mutter und Kind. Das reicht hinten und vorne nicht.
• 25% der Medikamente müssen selbst bezahlt werden.

Überhaupt fehlen Medikamente und Geräte sowohl in Krankenhäusern als auch in Apotheken und Arztpraxen. Die Krankenversorgung der Bevölkerung wird derzeit in großen Teilen mit Spenden und Freiwilligen abgedeckt. Freiwillige Ärzt*innen arbeiten in sogenannten Sozialkliniken, in denen allein 2014 mehr als 1.000.000 Menschen versorgt wurden. Die österreichische Ärztezeitung schreibt im Juli 2015 dazu: *"Das griechische Gesundheitswesen war vor der Finanzkrise funktionsfähig, steckte aber bereits damals in einer tiefen Krise."*

Und weiter: *"Anfang 2012 hat sich Griechenland zu einer Reform des Gesundheitswesens verpflichtet; dabei erhält es Unterstützung aus Deutschland. Seit Dezember 2013 arbeiten mehr als 30 Experten der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) an zehn Reformfeldern im griechischen Gesundheitswesen. Einige Ziele: das Fallpauschalensystem in der Krankenhausfinanzierung einzuführen, Nichtversicherte in die Gesundheitsversorgung einzubinden, die Arzneimittelkosten einzugrenzen und die medizinische Versorgung auf dem Land zu verbessern."*

Aber: *"Allein ein Blick auf die Faktenlage ist erdrückend. Fast ein Drittel der Griechen ist nicht mehr in der Lage, Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen. Mehr als drei Millionen Bürger sollen gänzlich ohne Krankenversicherungsein. Die Zuzahlungen, die beim Arztbesuch anfallen, können sich wenige leisten, den Gang zu einem privaten Arzt schon gar nicht. Kein Wunder: Mit 26,5 Prozent ist die Arbeitslosenquote weiterhin verheerend hoch, und wer in Griechenland arbeitslos ist, verliert seine Krankenversicherung. Wer überhaupt Erspartes für die Versorgung hatte, hat es nach sechs Jahren Krise inzwischen aufgebraucht. In den Medien reißen die Berichte über flehende Menschen vor Kliniken und Apotheken nicht ab. Sie warten dort teils Stunden, bis sie behandelt werden – wenn überhaupt. Vielen bleibt nur noch eins: Der Gang zu solidarischen Praxen und Kliniken, die es inzwischen überall im Land gibt. Ärzte und Pfleger versorgen hier nach Feierabend die Not leidende Bevölkerung; Freiwillige verteilen Medikamente und treiben Spenden ein. Die Organisation „Ärzte der Welt" kam einst nach Griechenland, um sich um die medizinische Versorgung von Flüchtlingen zu kümmern, die dort stranden. Heute hat die griechische Sektion der Organisation in sechs Städten feste Anlaufstellen und versorgte dort allein im Jahr 2014 mehr als 100.000 Menschen – Tendenz steigend. Ehrenamtlich tätige Ärzte fahren mit mobilen Gesundheitsstationen abgelegene Regionen an, um „den Menschen Zugang zur Basismedizin zu ermöglichen", sagt Sprecherin Ute Zurmühl. Es seien immer mehr Menschen zu versorgen, aus allen Schichten. Die Krise ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.[...]Ohne diese solidarischen Einrichtungen käme Griechenland nicht mehr zurecht. Vielmehr: Die Primärversorgung der Unversicherten wird heute im Wesentlichen von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) übernommen. Ein auf EU-Mitteln basierendes Gutscheinsystem, das im Herbst 2013 gestartet wurde, um eine kostenlose Grundversicherung für Bedürftige zu sichern, deckt nur einen geringen Teil der Not ab."*

Das ist das Resultat der Arbeit von 30 GIZ-Mitarbeiter*innen. Besser ist bisher nichts geworden, wie eine Doku auf Arte vom 5.April 2017 beschreibt. Wir können feststellen, daß die GIZ ihren Auftrag zur Zufriedenheit der neoliberalen Troika erfüllt hat. Daß es den Menschen in Griechenland zunehmend dreckig geht und die Krankenversorgung anfängt, der eines sogenannten Entwicklungslandes zu gleichen, interessiert diese Herrschaften nicht.

Diese "Reform" ist nur ein Beispiel vielen weltweit. Hier zeigt sich, daß die GIZ willige Erfüllungsgehilfin der menschenverachtenden neoliberalen Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union ist.